

Regierungsbildung ins Kreuzfeuer: Grünen kritisieren Ampel-Gespräche!

Ampel-Verhandlungen im Fokus: SPÖ, ÖVP und NEOS suchen Kompromisse. Grüne üben Kritik, während Zukunft der Regierungsbildung ungewiss bleibt.

Wien, Österreich - Die politischen Verhandlungen in Österreich nehmen an Fahrt auf, 146 Tage nach den Nationalratswahlen setzen die ÖVP, SPÖ und NEOS ihre Gespräche über eine Regierungskoalition fort. Doch bereits im Vorfeld äußerten die Grünen, vertreten durch ihren Bundessprecher und Beamtenminister Werner Kogler, Kritik an den Verhandlungen, die seiner Meinung nach „irgendwie seltsam“ ablaufen. Ein offizieller Auftrag vom Bundespräsidenten zur Regierungsbildung liegt bisher nicht vor, was die Gespräche in der politischen Landschaft der Alpenrepublik nicht unproblematisch gestaltet. Kogler forderte mehr Kompromissbereitschaft, insbesondere von den NEOS, und betonte die Notwendigkeit, die Freiheit und demokratischen Werte der Bürger zu schützen. „Die Hand der Grünen bleibt ausgestreckt“, so Kogler, und sie würden keine Unterstützung für untragbare Misstrauensanträge anbieten, selbst wenn Differenzen bestehen, wie **oe24.at** berichtete.

Kritische Lage der SPÖ

Die Situation der SPÖ ist besonders angespannt. Spitzenkandidat Andreas Babler hat mit seinen Vorstößen, wie einer geforderten 32-Stunden-Woche und der Einführung einer Millionärssteuer, polarisiert. Diese Forderungen könnten sich als unvereinbar mit den Positionen der ÖVP und NEOS

herausstellen, was die Bildung einer Koalition gefährdet. Intern gibt es Unstimmigkeiten über Bablers Kurs, der für einige zu links und für andere zu wenig progressiv ist, wie das Beispiel der Sozialistischen Jugend Vorarlberg zeigt, die nun der KPÖ nahe steht. Diese internen Spannungen werfen Fragen zur Führungsstruktur auf, insbesondere wie die SPÖ mit ihren ambitionierten Zielen umgehen wird, ohne die Regierungskompetenz zu gefährden. Bis Jahresende bleibt unklar, ob die SPÖ unter Babler als geeignet für die Regierungsverantwortung wahrgenommen wird. Die Analyse der Situation von **wirtschafts-nachrichten.at** verdeutlicht, dass die internen Konflikte die außenpolitischen Verhandlungen erheblich belasten könnten.

Details	
Vorfall	Regierungsbildung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.oe24.at • wirtschafts-nachrichten.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at